

# Antrag Nr. 21-O-02-0033

## DIE LINKE

---

### Betreff:

Planungsstand und konkrete Nutzung der zusätzlichen Finanzmittel im Rahmen des Projekts #WOHIN (Linke)

### Antragstext:

#### Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Sozialdezernent Manjura wird gebeten darzulegen, wie er die zusätzlichen Mittel konkret verwenden will, die er laut Protokoll des gemeinsamen Austauschs zwischen Verwaltung und Politik zur aktuellen Lage in den Innstadtortsbezirken und Vorstellung des #WOHIN Projekts am 14.07.2021 „zeitnah in den Geschäftsgang geben will“. Darüber hinaus möge er berichten, in welchem Umfang sich die von ihm angekündigten Mittel bewegen und wie der aktuelle Sachstand ist.

#### Begründung:

Die Erkenntnisse und Zielsetzungen des Projekts #WOHIN sind begrüßenswert und machen Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation für alle Beteiligten. Repressionen wie Platzverweise und die Alkoholverbotszone am Platz der Deutschen Einheit, die seit 13 Jahren jährlich verlängert wird, haben wenig Erfolg gezeigt. Geändert hat sich seitdem wenig. Auch heute noch ist speziell der Faulbrunnenplatz und der Platz der Deutschen Einheit Treffpunkt und Anlaufstelle für Alkohol- und Suchtkranke, Obdachlose und psychisch auffällige Menschen.

Realistisch betrachtet hat das Verbot nicht viel gebracht. „Trinker“ sind eine auffällige Personengruppe in der öffentlichen Wahrnehmung und ihr Verhalten ist teilweise auch nicht unproblematisch. Bereits vor zwölf Jahren hatte Ordnungsdezernentin Birgit Zeimetz (CDU) deswegen einen Runden Tisch ins Leben gerufen, um gemeinsam mit Fachleuten die Wirkungen des Alkoholverbots zu beobachten und zu diskutieren. Bereits damals sprachen diese sich für eine Ausweitung der Straßensozialarbeit aus, die den betroffenen Personen betreute Wohnplätze, Therapien, Jobs und Freizeitbeschäftigungen vermitteln könnten. Zudem müsse die Politik endlich einen Platz schaffen, an dem die Trinker geduldet seien, lautete eine weitere Forderung der Experten.

Es ist bedenklich, dass die Stadtverwaltung zwölf Jahre braucht, um den Empfehlungen der Expertenrunde zu folgen und auf Ursachenbekämpfung anstelle auf Gängelung und Verdrängung zu setzen. Das hätte die Stadtverwaltung freilich schon früher haben können. Seit vielen Jahren fordert unter anderem der Ortsbeirat Westend/Bleichstraße in seinen Haushaltsanmeldungen eine Ausweitung der aufsuchenden Straßensozialarbeit - was mit schöner Regelmäßigkeit abgelehnt wurde.

Es wäre eine Wohltat für die betroffenen Menschen - Anwohner inklusive - wenn sich die Stadt nun endlich von ihrer law-and-order-Politik verabschiedet und mehr auf Kommunikation statt Konfrontation setzen würde.

Wiesbaden, 07.09.2021